



von Helmut Markwort

## Immer mehr Bürger lehnen Verbote ab, die nicht zu begründen sind

### Montag

**E**in Schimpfwort beschäftigt die Politik. Es heißt Flickenteppich. Die Gegner von Corona-Lockerungen benutzen es, um individuelle Maßnahmen verächtlich zu machen. Sie wollen das ganze große Deutschland gleichmäßig regulieren. Damit zerstören sie das Vertrauen der Bürger in ihre Entscheidungen.

Die Menschen in einem Landkreis mit einer Sieben-Tage-Inzidenz unter 50 sehen nicht ein, dass sie die gleichen Verbote befolgen sollen wie Bürger in einer Gegend, wo der Wert über 200 liegt.

Vernünftig wäre ein Beschluss, der einheitliche Regeln festlegt, die jeder kapieren kann: eine Wenn-dann-Formel. Wenn der Index von XY unterschritten wird, dann kann das Bundesland oder eine Region die Verbote lockern.

Die Landespolitiker können selbstverantworten, ob sie Kitas, Schulen, Friseur-salons, Restaurants oder Kulturbetriebe öffnen. Selbstverständlich unter Beachtung der hygienischen Notwendigkeiten. Das ist gelebter Föderalismus, dessen



**Widerstand** Der strenge Verbotskurs von Markus Söder stößt auf Proteste vieler Bürger

Regeln jeder nachrechnen kann. Die Bürger wissen auch, dass die Grunderwerbsteuer von Land zu Land unterschiedlich hoch ist. Sie haben gelernt, dass jede Gemeinde selbstständig festlegen darf, wie viel Steuer sie für einen Hund kassiert. Besonders abwegig ist der Vorwurf Flickenteppich, wenn er aus dem Kanzleramt kommt.

Angela Merkel und ihr Staatsminister Helge Braun dürfen keine einzige Kita und keine einzige Schule schließen oder öffnen. Schulen sind Ländersache.

Je mehr die Zentralisten in Berlin sich einmischen, desto empfindlicher reagieren die Länderfürsten. Sie spüren den Protest ihrer Bürger und geben ihn nach oben weiter.

Ähnliches erlebt Markus Söder. Sein strenger Kurs kommt nicht an. Seine CSU-Abgeordneten, die ihm sonst widerspruchslos folgen, werden von ihren Wählern wütend attackiert. Sie sehen sich nicht in der Lage, den Bürgern Maßnahmen zu erklären, die mit wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht zu stützen sind.

Ein Beispiel ist das Ausgehverbot. Dass ein Ehepaar, das tagsüber in einer Zweizimmerwohnung zusammenlebt, abends nicht gemeinsam an die frische Luft darf, ist lebensfremd und widersinnig.

### Dienstag

**D**er brutale Umgang der russischen Obrigkeiten mit dem Regimekritiker Alexej Nawalny hat die Diskussion um Nord Stream 2 neu entflammt. Die seit mehr als fünf Jahren umstrittene Gas-pipeline von Russland nach Mecklen-burg-Vorpommern könnte als Druckmittel gegen die Regierung Putin benutzt



**Pipeliner** Manuela Schwesig und Peter Altmaier verteidigen das Kreml-Projekt

werden, wenn sie nicht zu Ende gebaut oder ihr Weiterbau zumindest unterbrochen wird. Das weltweite Für und Wider ist lebhaft, aber grotesk ist die Argumentation der Bundesregierung.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) versteift sich hartnäckig auf die Behauptung, Nord Stream 2 sei ein privatwirtschaftliches Projekt. Privatwirtschaftlich ist daran, dass fünf europäische Energiekonzerne, darunter Wintershall und Uniper aus Deutschland, fünfzig Prozent des Zehn-Milliarden-Projekts finanzieren. Eigentümer ist der russische Staatskonzern Gazprom.

Die Pipeline war immer ein politisches Projekt des Kremls, das alle Regierungen der USA ablehnen, dazu die Ukraine, Polen und die drei baltischen Staaten. Das EU-Parlament fordert den Stopp des Baus. Für Manuela Schwesig (SPD) ist das Projekt immerhin regionalpolitisch. Die Rohre enden in ihrem Bundesland.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.